Tages-Anzeiger · Montag, 24. März 1997

Schwindler, Opfer und IV-Rentner

Die Invalidenversicherung (IV) schreibt rote Zahlen. Unter anderem weil immer mehr Menschen eine Rente erhalten

Jedes Jahr steigt die Arbeitslosigkeit, jedes Jahr erhalten mehr Menschen eine IV-Rente. Macht die Krise die Leute kränker, oder wird besser geschummelt?

■ VON MARKUS SOMM

Manchmal wäre die Ärztin Maria W. froh, es gäbe nur Schwarz oder Weiss, und sie könnte wie im Schlaf bestimmen, dieser Patient ist krank, der andere gesund. Seit auf der Schweiz die Wirtschaftskrise lastet, kommen viele Menschen zu ihr, die über Schmerzen klagen, welche sie, die Ärztin, sich beim besten Willen nicht erklären kann. Maria W. hat sich auf Rheumatologie spezialisiert, ein Fach, in dem nicht alles genau gemessen werden kann. Sie muss entscheiden, wie stark die Beschwerden tatsächlich sind, wie akut das Rheuma wirklich plagt, und das stürzt sie oft in moralische Zweifel.

Maria W. arbeitet als Fachärztin in Luzern und untersucht für Versicherungen und die IV-Stelle Patienten. Sind sie arbeitsfähig, oder haben sie Anspruch auf eine IV-Rente? «Es ist manchmal schwer, gerecht zu sein – gegenüber den Patienten und dem Sozialstaat», sagt sie.

Die Schweiz wird kränker

Vielen Ärzten geht es so. Denn zeitgleich mit der Arbeitslosigkeit hat die Zahl jener Menschen zugenommen, die eine IV-Rente erhalten. 1990 gab es in der Schweiz rund 130 000 IV-Rentnerinnen und -Rentner, 1996 bereits 166 000.

Die zwei Phänomene, höhere Arbeitslosigkeit und mehr IV-Rentner, hängen offensichtlich zusammen. Darüber sind sich die meisten Experten einig, doch wie, ist umstritten. Die einen sind überzeugt, dass Arbeitslosigkeit krank macht, und die Invalidenversicherung zu Recht zum Netz der Ausgesteuerten geworden ist. Für andere ist das Netz eine Hängematte, wo sich Menschen erholen, die gesund genug wären, sich selber zu helfen, oder die zur Fürsorge gehen müssten.

In dieser Diskussion geht es weniger um Wahrheit als um Geld: Denn die IV ist innert kurzer Zeit ins Defizit abgestürzt, und auch zuversichtliche Prognosen gehen davon aus, dass das Loch in den kommenden Jahren grösser und grösser wird. 1996 fehlten 426 Millionen Franken. Für das Jahr 2000 berechnete die Interdepartementale Arbeitsgruppe «Finanzierungsperspektiven der Sozialversicherungen» (IDA FiSo) einen Fehlbetrag von mehr als einer halben Milliarde – bei «moderatem Wirtschaftswachstum». Alle haben daher die Suche nach Sparmöglichkeiten oder nach Missbräuchen aufgenommen.

Besonders die Arbeitgeber misstrauen den «neuen Invaliden». 45 000 Menschen, fast ein Drittel der IV-Bezüger, erhalten eine Rente, weil sie psychisch krank sind. Das ist inzwischen die grösste Gruppe der IV-Rentner. «Wir werden doch nicht immer kränker», sagt Hans Rudolf Schuppisser vom Schweizerischen Arbeitgeberverband. Die «Psychosomatisierung» unserer Gesellschaft führe dazu, dass heute vorschnell eine Krankheit entdeckt werde, wo man früher zur Tagesordnung übergegangen sei. Daher fordert der Arbeitgeberverband in der Vernehmlassung zur 4. IV-Revision, die eben abgeschlossen worden ist, dass die Kriterien für Invalidität enger gefasst werden.

Pietro Cavadini vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund hält das für Rhetorik, welche die wahre Misere verschweigt. Arbeitsplätze fehlten – überall und vor allem für IV-Rentner. Im Grundsatz verfolgt die IV nämlich das Ziel, die Leute in die Arbeitswelt zurückzubringen. Früher nahm sie der eine oder andere Betrieb aus sozialem Engagement noch auf. Heute ein frommer Wunsch.

Eher wird entlassen. «In harten Zeiten», sagt Jean-Jacques Bruder von der Berner IV-Stelle, «stellten die Unternehmen zuerst ihre schwächsten Angestellten auf die Strasse.» Bruder glaubt, dass diese Art von Krisenmanagement nun «ausgereizt» sei. Im Kanton Bern hätten sich 1996 zum ersten Mal weniger Leute neu bei der IV angemeldet.

Im Kanton Zürich ist davon nichts zu spüren. 1996 sei die Zahl der IV-Anmeldungen wie im Vorjahr um etwa zwei Prozent auf 10 398 gestiegen, sagt Reto von Steiger von der Sozialversicherungsanstalt Zürich. Eine Studie des Bundesamtes für Sozialversicherung zeigt zwar, dass nur ein kleiner Teil der Arbeitslosen zu IV-Bezügern wird. Diese Untersuchung hat jedoch einen Haken. Sie stützt sich auf Zahlen aus den frühen neunziger Jahren und erfasst nur Menschen, die gestempelt haben. Viele hören aber auf zu arbeiten, ohne dass sie in der Arbeitslosenversicherung auftauchen.

Es ist nicht leicht zu entscheiden, ob jemand nach längerer Erwerbslosigkeit als arbeitslos oder invalid eingestuft werden muss. Aufgrund der vorhandenen Personalressourcen, sagt Reto von Steiger, sei man nicht in der Lage, bei allen IV-Bezügern peinlich genau zu überprüfen, ob sie leistungsberechtigt sind. Daher kann er Missbrauch nicht ausschliessen. Etwa ein Prozent, schätzt er.

Alles nach Sozialplan

Missbrauch kennt auch Corinne Lutz von der IV-Stelle Solothurn. Aber nicht nur durch IV-Bezüger, sondern auch durch Arbeitgeber. Firmen, die Massenentlassungen vornehmen, schöben besonders ihre älteren Mitarbeiter gerne an die IV ab, um sie so vor der «richtigen» Arbeitslosigkeit zu bewahren. Formulare, Papierkram, Besuch beim Psychiater: Alles erledigt die Firma. «Die Chefs glauben, sie entliessen ihre Leute so etwas eleganter.» Nicht aus Habgier – finanziell gewännen sie nichts –, sondern aus schlechtem Gewissen. Aus finanziellen Motiven, sagt Lutz, sorgten aber die Sozialämter dafür, dass jemand zum IV-Rentner wird. Denn Fürsorgegelder zahlen die Gemeinden, und dieses Geld ist nicht geschenkt, sondern muss zurückerstattet werden. Schlimmstenfalls rennen die Gemeinden jahrelang jemandem hinterher, um jeden Rappen, den er über das Existenzminimum verdient, zurückfordern zu können.

Und auch für den Menschen, der seinen Lebensunterhalt nicht mehr durch eigene Arbeit verdienen kann, sei eine IV-Rente erstrebenswerter als der Gang zur Fürsorge. Hier werde genau berechnet, wieviel man brauche, und der Wohnort sei vorgegeben. Die IV-Rente dagegen ist stets der gleiche Betrag und kann auch im Ausland bezogen werden.

Auf jeden Fall wird die 4. IV-Revision, die nun eingeleitet worden ist, nichts daran ändern, dass die Ärzte an vorderster Stelle mitentscheiden, in welches Lazarett die Opfer der Rezession gelegt werden. «Wer sonst?» fragt Werner Joachim Fuchs, Chefarzt des Psychiatrischen Zentrums in Wetzikon. Er hält es für richtig, dass die Ärzte eine Suppe auslöffeln, die ihnen eine krisengeplagte Gesellschaft eingebrockt hat. «Wir hatten immer und haben weiterhin eine Ordnungsfunktion.» Und darum wird sich Maria W., Rheumatologin in Luzern, auch künftig nicht allein auf ihr medizinisches Urteil verlassen können – und hin und wieder Gewissensbisse spüren.